

Schmidt, Kunibert

Article — Published Version

Die Erwartungen der Automobilindustrie für das Jahr 2003

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmidt, Kunibert (2002) : Die Erwartungen der Automobilindustrie für das Jahr 2003, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 12, pp. 707-709

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41259>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Industrie für 2003

Für das kommende Jahr rechnen die Konjunkturforscher mit einem etwas höheren Wirtschaftswachstum. Die Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes dürfte 2003 in der Größenordnung von 0,7% liegen, nach 0,2% in diesem Jahr. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 2003 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung?

Kunibert Schmidt

Die Erwartungen der Automobilindustrie für das Jahr 2003

Die Automobilindustrie hat sich auch im Jahr 2002 als stabilisierender Faktor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland erwiesen. Produktion und Umsatz weisen zwar Minusraten gegenüber dem Vorjahr auf, liegen aber deutlich über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes. Mit ihren Großinvestitionen insbesondere in Ostdeutschland hat die Automobilindustrie entgegen dem Gesamttrend Zeichen für neue Arbeitsplätze gesetzt.

Die deutsche Automobilindustrie konnte ihre weltweite Marktposition halten. Zwar musste sie in Deutschland ihre Fertigung aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage zurücknehmen, die Auslandsproduktion der deutschen Hersteller erwies sich jedoch ebenfalls als stabilisierender Faktor. Inklusiv der Fertigung von Chrysler erreichte die weltweite Automobilproduktion der deutschen Konzerne in 2002 in etwa das hohe Vorjahresniveau. Analog zur weltweiten Nachfrage stieg dabei ihre Produktion von „Light Vehicles“ (Pkw und leichte Nutzfahrzeuge

bis 6 t) leicht an, während die deutschen Unternehmen ihre Herstellung von schweren Nutzfahrzeugen über 6 t einschränken mussten.

Auf dem US-Automobilmarkt erfolgreich

In 2002 waren die deutschen Hersteller auf dem weltweit wichtigsten Automobilmarkt überdurchschnittlich erfolgreich. Ihr Marktanteil in den USA stieg während des ablaufenden Jahres im Pkw-Sektor auf ca. 10%. Dieser Erfolg wurde im Unterschied zu den amerikanischen Wettbewerbern nicht durch massive Incentive-Programme sondern durch die Kombination aus technologischer Führerschaft und einem ausgezeichneten Markenimage erreicht, den beiden für die deutschen Hersteller entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. Aber: Auch wenn die deutschen Exporte im Pkw-Bereich in den USA vor allem im vergleichsweise robusten Premiumsegment angesiedelt sind, sind sie doch nicht von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Die finanzielle Situ-

ation der Privathaushalte in den USA im kommenden Jahr und ihre Fähigkeit, das sehr hohe Konsumniveau beizubehalten, wird daher ganz wesentlich auch über die Perspektiven der deutschen Pkw-Hersteller am US-Markt entscheiden.

Die im US-Nutzfahrzeugmarkt vorherrschende Stagnation wird von dem durch die neuen Abgasvorschriften erzeugten „Zwischenhoch“ der Verkäufe im schweren Bereich nicht durchgreifend gebrochen. Die seit langem stark gedämpfte Investitionsbereitschaft der US-Unternehmen ist hierfür ausschlaggebend. Diese hat zwar im Laufe des Jahres 2002 Besserungstendenzen zu verzeichnen. Entscheidend im kommenden Jahr ist aber deren Nachhaltigkeit – gerade angesichts der fortbestehenden politischen Risiken für die Energiepreisentwicklung.

Erwartungen für Westeuropa und Deutschland

Der Rückgang des Marktvolumens in Westeuropa von 3 bis 4% in diesem Jahr zeigt, dass auch hier derzeit keine Anzeichen

für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung bestehen. Auch für das kommende Jahr ist nur mit einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu rechnen. Aber auch unabhängig von der konjunkturellen Lage entscheidet gerade auf den reifen Märkten Westeuropas die Fähigkeit, durch attraktive Produkte zusätzliche Marktanteile zu gewinnen, über Erfolg oder Misserfolg von einzelnen Unternehmen. Auch hier sind die deutschen Pkw-Hersteller mit der Einführung einer ganzen Reihe von neuen Modellen, insbesondere auch in volumenstarken Segmenten, für das von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen her eher schwierige Jahr 2003 gut gerüstet. Bereits in den letzten beiden Jahren trug nahezu jeder zweite in Westeuropa neu zugelassene Pkw ein deutsches Markenzeichen. Als wesentlicher Schauplatz des Kampfs um Marktanteile wird sich im kommenden Jahr erneut der Markt für Diesel-Pkw erweisen. Mit ihrem mehr als 50-prozentigen Anteil am Dieselmotor haben die deutschen Hersteller hier ihre Stärke bewiesen. Neben attraktiven Volumenmodellen werden aber auch weiterhin hochwertige Nischenmodelle die Marktentwicklung wesentlich mitbestimmen.

Der Automobilmarkt in Deutschland weist von der Angebotsseite her eigentlich durchaus Potentiale für eine Erholung im kommenden Jahr auf. Nicht nur die Altersstruktur des Fahrzeugbestandes spricht für einen gewachsenen Ersatzbedarf. Auch der gestiegene Abfluss von als Alternative zum Neuwagen attraktiven jungen Gebrauchtwagen ins Ausland stützt den deutschen Markt. Vor allem aber bedeuten neue Modelle, die im kommenden Jahr anlaufen, wie z.B. Mercedes CLK Cabrio, Opel Meriva, Audi A3, VW Golf V und

BMW 5er oder Ford Focus MPV, einen wichtigen Impuls für den Pkw-Markt.

Deutlich verschlechterte Rahmenbedingungen

Gegen dieses Erholungspotentiale wirkt aber eine durch deutlich verschlechterte Rahmenbedingungen gedrückte Stimmung auf der Nachfrageseite:

- Sinkende Kaufkraft durch steigende Steuern und Abgaben verringern die Mobilitätsbudgets der Privatkunden. Unsicherheit über den eigenen Arbeitsplatz hemmt die Kaufentscheidung.
- Die Einführung der Lkw-Maut ohne ausreichende Kompensation für das Transportgewerbe erhöht den zum Teil existenzgefährdenden Druck auf diesen wichtigen Kundenkreis

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 57, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 49, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.

Gotthard Graß, 45, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Ralph Wiechers, 43, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

- Die 5. Stufe der Ökosteuer verteuert flächendeckend die individuelle Mobilität weiter.

Schon aufgrund dieser Faktoren ist eine Belebung der Automobilmarkts im kommenden Jahr kaum noch zu erwarten. Vor allem aber die geplante Erhöhung der Besteuerung des privaten Anteils der Firmenwagennutzung würde eine erhebliche Schwächung für Umsatz und Beschäftigung in der deutschen Automobilindustrie bedeuten: Hiermit würde genau das Segment belastet, das sich in den vergangenen Jahren durchgängig als das konjunkturreisistenteste erwiesen hat. Umsatz in einer Größenordnung von bis zu 3 Mrd. Euro – vor allem in der Zulieferindustrie – wird hierdurch aufs Spiel gesetzt.

Es kommt deshalb entscheidend darauf an, die Verunsicherung, die durch die jüngsten Steuergesetze ausgelöst wurde, so schnell wie möglich zu beseitigen und durch eine berechenbare und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die Automobilindustrie ihre Rolle als Konjunkturlokomotive wieder voll ausspielen kann.

Zuwachspotentiale in Osteuropa und Asien

Wesentliche Zuwachspotentiale für die deutsche Automobilindustrie liegen in den Märkten Osteuropas und Asiens. Mit der Osterweiterung der EU wird die Automobilindustrie nicht nur vom Wachstum der Beitrittsstaaten profitieren, sie ist selbst über ihre Investitionen in Mittel- und Osteuropa ganz wesentlicher Motor dieser Entwicklung. Die zunehmende Ansiedlung von Automobilherstellern, vor allem aber auch der Zulieferindustrie in Osteuropa zeigt die Chance, die der Ausbau des Automobilsektors in gesamtwirtschaftlicher Perspektive auch für

die Beitrittsstaaten bietet. Dabei kann sich vor allem der Produktionsverbund mit den ostdeutschen Standorten als Chance für die gesamte Region erweisen.

Umgekehrt bedeutet aber natürlich jede neue Investition in Osteuropa auch eine neue Vergleichsmöglichkeit für die relative Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland im Hinblick auf die fiskalischen, sozial- und tarifpolitischen Rahmenbedingungen. Gerade in der Automobilindustrie wird der Standort Deutschland im kommenden Jahr auf den Prüfstand gestellt werden.

Einschließlich des sich langsam von den Folgen der tiefgreifenden Wirtschaftskrise erholenden japanischen Markts zeigen die asiatischen Märkte eine positive Tendenz. Den stärksten Impuls setzte im Jahr 2002 das nunmehr für die Weltmärkte geöffnete China. Auch wenn klar ist, daß das sprunghafte Wachstum von 46% nach dem WTO-Beitritt im Jahre 2002 mit dieser Dynamik nicht über mehrere Jahre hinweg aufrechterhalten werden kann, zeigt die ausgezeichnete Annahme deutscher Kraftfahrzeuge im chinesischen Markt doch die Fähigkeit der deutschen Hersteller,

insbesondere im Pkw-Segment, eine führende Position in China aufzubauen. Entscheidend wird dabei nicht nur die Realisierung der kurzfristige mobilisierbaren Marktpotentiale sein, sondern mittelfristig der Aufbau einer um das Automobil herum angesiedelten Vertriebs-, Service- und Finanzierungs-Infrastruktur.

Perspektiven der deutschen Zulieferindustrie

Die Entwicklung der weltweiten Fahrzeugmärkte bestimmt ihrerseits natürlich ganz unmittelbar die Umsatz- und Beschäftigungsperspektiven der deutschen Zulieferindustrie. Entscheidend für die Aussichten der Hersteller von Teilen, Zubehör, Anhängern und Aufbauten wird aber nicht nur die Entwicklung der Marktvolumina sein, sondern vor allem auch die künftige Arbeitsteilung zwischen Automobilherstellern und Zulieferern. Der Prozeß der Neuorganisation der Lieferketten, der Überprüfung der richtigen Kompetenzverteilung in der Technologieentwicklung und der Aufteilung der Finanzierungslasten wird auch im Jahr 2003 weitergehen.

Zugleich sind gerade die mittelständischen Unternehmen der Automobilindustrie besonders sensibel für die Weichenstellungen der Politik in Deutschland. So, wie sie bei einer Belebung des Marktes ganz wesentlichen Anteil daran haben, neue Beschäftigung zu schaffen, so sehr sind sie umgekehrt durch zusätzliche Belastungen getroffen. Das gilt über die bereits genannten politischen Risiken hinaus: Das gegenwärtige Zusammentreffen von hohen steuerlichen Belastungen mit erheblichen bürokratischen Hemmnissen bei der Planung und Anpassung der Beschäftigung sowie zunehmenden Problemen bei der Finanzierung wachsender Aufgaben in der Lieferkette hat schon jetzt die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit vieler Unternehmen gemindert.

Es wird deshalb nicht genügen, gerade für eigentümergeführte Unternehmen extrem belastende Forderungen, wie diejenige nach einer neuen Vermögens- und einer erhöhten Erbschaftssteuer, zu verhindern. Gerade der Mittelstand in der deutschen Automobilindustrie braucht vielmehr klare Signale für eine wirklich reformorientierte Politik.

Michael Knipper

Die Lage der Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 2002/2003

Die Baurezession in Deutschland geht - abgesehen vom kurzen Zwischenhoch des Jahres 1999 - mittlerweile in ihr achttes Jahr. Die Bauwirtschaft hat auch 2002 nicht den Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung gefunden: Einem minimalen preisbereinigten Wachstum des Brutto-

inlandsproduktes in den ersten drei Quartalen steht eine abermalige Abnahme der Bauinvestitionen von real 5,7% gegenüber.

Besonders gravierend ist das Ausmaß des baukonjunkturellen Abschwungs in den neuen Bundesländern. Dort war letztmalig im ersten Quartal 1997 im Vor-

jahresvergleich ein Wachstum der Bauinvestitionen zu verzeichnen. Während in diesem Quartal noch 30% der deutschen Bauinvestitionen in Ostdeutschland getätigt wurden, waren es im dritten Quartal des laufenden Jahres nur noch 20%. Allerdings wird die Baukrise am aktuellen Rand auch

durch den deutlichen Rückgang der Bauinvestitionen im früheren Bundesgebiet verstärkt: Von Januar bis September 2002 gingen hier die Bauinvestitionen um real 4% zurück.

Die Gründe für diese Entwicklung, die im starken Kontrast zu allen zum Jahreswechsel gemachten Prognosen steht, sind vielfältig:

- Die anhaltende Wachstumschwäche der deutschen Wirtschaft,
- der daraus resultierende Attentismus der gewerblichen Investoren; die Vermarktungsprobleme für Mietimmobilien nehmen deutlich zu,
- die Eintrübung der Einkommenserwartungen der privaten Haushalte, die den Eigenheimbau belastet,
- die Krise der öffentlichen, vor allem der kommunalen Finanzen; es wird zu Lasten der öffentlichen Investitionen gespart sowie
- die unerwartet lange anhaltende Krise des Geschosswohnungsbaus.

Die Auswirkungen zeigen sich bei allen relevanten Indikatoren des Bauhauptgewerbes:

- In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres ging der baugewerbliche Umsatz um 7,5% zurück.
- Der nominale Auftragseingang verminderte sich im gleichen Zeitraum um 6,2%.
- Der Auftragsbestand erreichte Ende Juni mit 23,3 Mrd. Euro den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung.
- Die Baugenehmigungen lagen von Januar bis September um 8% unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Wohnungsbau: Falsche Signale der Politik

Während der Wohnungsbau die baukonjunkturelle Entwicklung in Deutschland noch bis 1999 gestützt hat, ist er seitdem mit einem realen Rückgang von etwa 15% am stärksten unter Druck geraten. Die Baugenehmigungen werden im laufenden Jahr nochmals um rund 10% auf 262 000 Wohnungen zurückgehen. Der zwischenzeitliche Höchststand des Jahres 1994 wird damit um nahezu zwei Drittel unterboten. Auch die von vielen erwartete Stabilisierung der Eigenheimnachfrage ist ausgeblieben. Von den zunehmenden Modernisierungsinvestitionen im Wohnungsbestand profitiert das Bauhauptgewerbe nur marginal, diese kommen überwiegend dem Ausbaugewerbe zugute.

Um so bedenklicher sind daher die Pläne der Bundesregierung in der Wohnungspolitik. Vorgesehen ist eine Kürzung der Eigenheimzulage und eine Beschränkung dieser Förderung auf Familien mit Kindern. Die degressive Abschreibung soll in den ersten acht Jahren von 5% auf 3% reduziert werden und ab dem Baujahrgang 2007 komplett durch eine lineare Abschreibung ersetzt werden. Zudem sollen zukünftig alle Wertsteigerungen von Immobilien unabhängig von ihrer Haltedauer besteuert werden. Nachdem im Vorjahr bereits unnötigerweise das Mietrecht verschärft wurde, werden nunmehr auch die beiden anderen „Säulen“ der Renditeerwartung beschnitten: die steuerliche Entlastung in der Anfangsphase durch die degressive AfA sowie die Wertsteigerung der Immobilie.

Die mittelfristigen Auswirkungen einer solchen Politik sind derzeit nur schwer zu quantifizieren; dies umso mehr als im Gesetzgebungsverfahren sowie bei der

notwendigen Zustimmung durch den Bundesrat noch Änderungen zu erwarten sind. Klar ist allerdings, dass bereits 2003 die Auswirkungen auf den Wohnungsbau deutlich negativ sein werden. Die Umsätze des Bauhauptgewerbes in dieser Sparte werden um mindestens 4% zurückgehen. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wird von rund 280 000 im laufenden Jahr auf bestenfalls 260 000 zurückgehen.

Die Fertigstellungen liegen damit deutlich unter dem eigentlichen Bedarf. Das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn geht in einer aktuellen Studie für den Hauptverband - je nach unterstellter Zuwanderung - bis zum Jahr 2010 von einem durchschnittlichen Bedarf zwischen 330 000 und 380 000 Wohnungen aus. Falls sich der Wohnungsbau wegen der steuerpolitischen Entscheidungen auch mittelfristig nicht erholt, ist ab Mitte der Dekade wieder mit deutlichen Versorgungsengpässen zu rechnen.

Wirtschaftsbau: Attentismus der Investoren

Noch im Frühjahr des Jahres 2002 bestand Hoffnung auf eine Stabilisierung im gewerblichen Bau, zumindest in den alten Bundesländern. Der Auftragseingang lag hier im ersten Quartal um mehr als 4% über dem Vorjahresniveau. Mit der fortlaufenden Eintrübung der gesamten Wirtschaftsentwicklung im Verlauf des Jahres zeigte sich allerdings, dass viele gewerbliche Investoren ihre Baugenehmigungen, deren Volumen im zweiten Halbjahr 2001 zugelegt hatte, nicht realisiert haben.

In den ersten drei Quartalen sank folgerichtig im Bauhauptgewerbe der Auftragseingang gewerblicher Investoren um 5%; die Baugenehmigungen gingen zwischen 0,7% (landwirtschaftliche

Betriebsgebäude) und 29,7% (Fabrik- und Werkstattgebäude) zurück. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einer annähernden Stagnation des realen Bruttoinlandsproduktes im laufenden Jahr und einem prognostizierten Wachstum von lediglich 1% im Jahr 2003 sind nicht dazu angetan, die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft zu fördern.

Um so unverständlicher sind daher die von der Regierung nach der Bundestagswahl getroffenen Beschlüsse zur Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben. Bei vielen Mietimmobilien (Büro- und Verwaltungsgebäude, Handels- und Lagergebäude) beruht ein erheblicher Teil der Renditekalkulation auf dem längerfristigen Wertzuwachs. Die vorgesehene Besteuerung von Veräußerungsgewinnen wird dazu führen, dass ein Teil der Baugenehmigungen nunmehr endgültig nicht realisiert wird und es künftig schwer sein wird, Investoren für neue Objekte zu finden.

Hoffnungen versprechen für das Jahr 2003 lediglich die Investitionen der Deutsche Bahn AG. Nach Überwindung der Planungsknappheiten im eigenen Hause sollte diese endlich in der Lage sein, die erhöhten Investitionszuschüsse aus dem Bundeshaushalt auch in Baumaßnahmen umzusetzen. Zudem wird in Sachsen und Sachsen-Anhalt ein erheblicher Investitionsschub durch die Maßnahmen zur Behebung der Flutschäden erwartet. Dies wird jedoch nicht ausreichen, den Negativtrend im Wirtschaftsbau aufzufangen; die Umsätze des Bauhauptgewerbes in dieser Sparte dürften 2003 um mindestens 2% zurückgehen.

Stabilisierung durch Flutschädenbeseitigung

Im Jahr 2002 hat sich der Öffentliche Bau in Deutschland von der

starken Abwärtstendenz ein wenig abkoppeln können. In den ersten drei Quartalen gingen sowohl Umsatz (- 4,3%) als auch Auftragseingang (- 2,2%) im Vergleich zu den anderen Sparten relativ moderat zurück. Die Hochbaugenehmigungen bei öffentlichen Bauherren legten sogar minimal zu. Diese Entwicklung ist aber lediglich auf stabile Bauausgaben bei Bund und Ländern zurückzuführen; vor allem die von Gewerbesteuer ausfällen besonders betroffenen Kommunen revidierten dagegen ihre Ausgaben für Baumaßnahmen deutlich nach unten.

Das Jahr 2003 dürfte unter dem Eindruck zweier gegenläufiger Trends stehen: Auf der einen Seite steht ein - allerdings regional begrenzter - Impuls aus den Maßnahmen zur Behebung der Flutschäden in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dieser könnte für das Bauhauptgewerbe in einer Größenordnung von bis zu 1,5 Mrd. Euro liegen. Auf der anderen Seite ist allerdings - gerade auf Basis der jüngsten Steuerschätzungen - mit weiter zusammengestrichenen Bauetats der Länder, vor allem aber der Gemeinden zu rechnen. In der Addition beider Entwicklungen dürften die Umsätze des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau im Jahr 2003 bestenfalls stagnieren.

Regierungspläne belasten Baubranche schwer

Die vorgesehene Einführung der Mindestbesteuerung beschränkt die Möglichkeiten, Verluste der Vergangenheit mit künftigen Gewinnen zu verrechnen. Dies hat zur Folge, dass der Konsolidierungsprozess in der Bauwirtschaft verzögert wird. Unternehmen, die nach langen Verlustjahren erstmals wieder Gewinne erzielen, können diese nicht in voller Höhe als Kapitalzufluss

verwenden, sondern müssen sie zu 50% versteuern. Dadurch wird die Verbesserung der Eigenkapitalquote verhindert und damit auch die Bedingungen für die Kreditaufnahme zusätzlich verschlechtert. Bei Arbeitsgemeinschaften und Projektentwicklungsgesellschaften, die für einen oftmals jahrelang laufenden Bauauftrag gegründet werden, verschärft sich die Situation noch. Hier kann es selbst bei Gewinnen vor Steuern beim Gesamtprojektergebnis durch die Mindestbesteuerung zu Verlusten kommen.

Bei der geplanten Aufhebung der gewerbesteuerlichen Organschaft können die bei der Muttergesellschaft aufgrund der jahrelangen Rezession in der Bauwirtschaft aufgelaufenen gewerbesteuerlichen Verluste nicht mehr mit zukünftigen Gewinnen der Tochtergesellschaften verrechnet werden. Daher greift in einer späteren Gewinnsituation bei der Tochtergesellschaft die Besteuerung voll und der dringend notwendige Kapitalzufluss wird ebenfalls geschmälert.

Die deutsche Bauwirtschaft fordert daher von der Bundesregierung, ihre steuerpolitischen Pläne noch einmal zu überdenken. Es droht eine weitere Beschleunigung der Insolvenzwelle, verbunden mit Arbeitsplatzverlusten. International tätige Bauindustrieunternehmen werden dazu ermutigt, ihre Geschäftstätigkeit in Staaten mit besseren steuerlichen Rahmenbedingungen zu verlagern. Mittelständische Unternehmen, denen diese Option nicht offen steht, tragen dagegen die volle Last, da sie dem Steuerdruck nicht ausweichen können. Ein weiterer überproportionaler Arbeitsplatzabbau im Bauhauptgewerbe wäre die Folge. Dies kann sicherlich nicht im Sinne der Bundesregierung sein.

Gotthard Graß

Elektrokonjunktur leidet unter Investitions- und Konsumzurückhaltung

In der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie haben sich die Hoffnungen auf eine rasche konjunkturelle Erholung im Jahresverlauf 2002 als nicht realistisch erwiesen. Ursache hierfür sind neben dem Ausbleiben nachhaltiger konjunktureller Impulse aus dem Ausland insbesondere tarif- und wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen in Deutschland, die einer Rückkehr der Branche auf den mittelfristigen Wachstumspfad im Wege stehen. Bereits mit dem Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie vom Frühjahr 2002 wurden hier wichtige Weichen für mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze in Deutschland falsch gestellt. Hinzu kommt seit Herbst 2002 die Unklarheit über den künftigen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der wiedergewählten Bundesregierung. Dieser schlägt sich zur Jahreswende in einer zunehmenden Verunsicherung der Investoren und Konsumenten, aber auch in ganz konkret steigenden Kostenbelastungen der Unternehmen der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie am Standort Deutschland nieder.

Steigende Arbeitskosten belasten Erholung

Allein die Anhebung des Beitragssatzes und der Bemessungsgrenze für die Rentenversicherung wird in der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie zu Mehrkosten für die Unternehmen von rund 250 Mill. Euro pro Jahr führen,

da etwa jeder vierte Beschäftigte von der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung betroffen ist. Entsprechende Auswirkungen auf die vom Arbeitgeber zu tragenden Lohnnebenkosten sind die Folge. Rechnet man die ebenfalls deutlich steigenden Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherungen hinzu, ergibt sich ein erneuter Anstieg der von den Unternehmen zu tragenden Arbeitskosten zur Jahreswende 2002/2003 um einen ganzen Prozentpunkt. Gleichzeitig gehen die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten schon durch diese Maßnahmen in der gleichen Größenordnung zurück. Trotz der deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgebliebenen Entwicklung im Jahre 2002 zeichnet sich so auch für 2003 keine nachhaltige Erholung ab.

2002 blieb ohne Impulse

Für 2002 lassen die aktuellen Analysen und Prognosen des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) e.V. einen Rückgang der Branchenumsätze um 4% auf 154 Mrd. Euro erwarten. Zwar kam die rasante Talfahrt seit Mitte 2001 im Spätsommer langsam zum Stillstand, doch ist dies nicht auf eine durchgreifende Erholung zurückzuführen. Vielmehr steht die aktuelle Situation nur wegen des noch schlechteren Vergleichszeitraumes im Vorjahr in einem etwas besseren Licht. Die Zahl der Beschäftigten in der Elek-

trotechnik- und Elektronikindustrie lag Ende Oktober mit 839 000 auf dem tiefsten Stand seit 1960. Ein weiterer Rückgang wird sich wohl über die Jahreswende hinaus fortsetzen.

Anders als zu Beginn des aktuellen Konjunkturzyklus hat dieser deutliche Einbruch im Verlauf praktisch alle Segmente der Branche bis auf die Hersteller elektromedizinischer Geräte und Systeme erfasst. Diese profitierten von einer deutlichen Belebung ihrer breit gefächerten Exportaktivitäten. Bei den Herstellern elektrotechnischer Investitionsgüter gingen die Umsätze von Januar bis September um 7,1% zurück. Im Bereich der elektrotechnischen Gebrauchsgüter fiel der Umsatzrückgang mit minus 4,7% nicht so stark aus. Betrachtet man die einzelnen Teilbereiche, dann entwickelte sich die Informations- und Kommunikationstechnik mit einem Rückgang um minus 12,6% neben der Automation (minus 7,6%), Beleuchtungstechnik (minus 7,9%), Fahrzeugelektrik (minus 6,5%) und Unterhaltungselektronik (minus 6,1%) wesentlich schlechter als die anderen Bereiche. Etwas flacher verlief der Umsatzrückgang im Bereich der Elektrohausräte (minus 2,4%). Die Bereiche der Energietechnik (minus 0,3%) und der Bauelemente erreichten mit einem leichten Rückgang um 0,2% fast das Umsatzvolumen der ersten drei Quartale des Vorjahres.

Noch stärker als die Umsätze ging in den ersten neun Monaten die elektroindustrielle Produktion mit einem Minus von 7% zurück. Die Ursachen hierfür sind offensichtlich: Der Strukturwandel läuft in unserer Branche eindeutig gegen die traditionelle Produktion – die im Wesentlichen in der Herstellung von Hardware besteht – hin zu Software und Services vom Engineering bis zum Upgrading.

Erträge unter massivem Druck

Auf breiter Front geraten angesichts der aktuellen Wachstumschwäche des Weltelektromarktes, der vorhandenen Überkapazitäten und der Abwertung des US-Dollar derzeit die Preise und damit die Erträge der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie unter Druck. Spielräume zur Weitergabe steigender Material- oder Herstellungskosten oder zusätzlicher Belastungen wie zum Beispiel bei der Entsorgung gebrauchter Elektro- und Elektronik-Altgeräte durch die Industrie an die Kunden sind derzeit nur in Ausnahmefällen erkennbar. Im Gegenteil, diese exogenen Einflussfaktoren auf die Ertragslage wurden 2002 verstärkt durch massive Verschlechterungen der ertragsbeeinflussenden Faktoren in Deutschland. So ging die Produktivität – trotz Freisetzung von Personal – in den ersten neun Monaten um über 3% zurück. Die Kapazitätsauslastung zeigte sich im Herbst mit knapp 80% gegenüber dem Tiefst-Stand im Sommer von 78,9% nur leicht erholt, wobei die Vermutung nahe liegt, dass sich hier in erster Linie die dauerhafte Stilllegung von Kapazitäten niedergeschlagen hat.

Export wirkt stabilisierend

Zwar wurde die Dynamik der Konjunkturzyklen seit dem Ende

des Wiedervereinigungsbooms im Jahre 1993 in der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie im Wesentlichen von den Schwankungen der Weltkonjunktur bestimmt; in der aktuellen Lage kann aber von einer überwiegend exportinduzierten Schwäche keine Rede mehr sein. Die deutschen Elektroausfuhren gingen zwischen Januar und September 2002 um minus 1,2% auf 80 Mrd. Euro zurück. Im letzten Quartal des Vorjahres war hier noch ein Minus von 8,3% eingetreten. Im statistisch aktuellen Quartal Juli bis September verzeichnet die Statistik aber bereits wieder ein kräftiges Plus von 5%, und der Basiseffekt wird im vierten Quartal für einen weiteren Anstieg sorgen. So rechneten die Unternehmen unserer Branche mit Inlandskunden bis September 7,3% weniger ab. Dagegen stabilisierten sich die Umsätze und das Neugeschäft mit ausländischen Kunden im Jahresverlauf. Im dritten Quartal konnte die Branche bei den Auftragseingängen von ausländischen Kunden sogar erstmals seit Ende 2000 wieder ein leichtes Plus von gut 3% verzeichnen: Dagegen war das Neugeschäft im Inland auch am aktuellen Rand mit einem Minus von über 5% weiter deutlich rückläufig.

Mittel- und Osteuropa gewinnt weiter an Bedeutung

Vor dem Hintergrund der seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich zunehmenden Abhängigkeit der Branche vom Außenhandel lohnt der Blick auf die Veränderungen der Struktur und die konjunkturelle Dynamik der wichtigsten Exportmärkte.

Insgesamt litten die deutschen Elektroausfuhren 2002 weiterhin unter der nur langsamen Erholung

in den wichtigsten Absatzregionen EU, Nordamerika und Südostasien. Das schlechte Abschneiden der EU ist vor allem auf die deutlich zurückgegangenen Ausfuhren in die großen Mitgliedstaaten zurückzuführen. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die deutschen Elektroausfuhren nach Südostasien: Kräftig abnehmenden Lieferungen nach Singapur, Philippinen, Thailand, Japan und Hongkong (zwischen minus 22% und minus 6%) standen Exportzuwächse in nur wenige andere Länder gegenüber. So nahmen die Ausfuhren nach Indonesien und Südkorea weiterhin kräftig zu. China ist – trotz der deutlich nachlassenden Dynamik – mittlerweile mit einem Anteil von 3% zum wichtigsten Abnehmer für deutsche Elektroerzeugnisse in dieser Region geworden.

In den vergangenen zehn Jahren haben sich damit die regionalen Schwerpunkte der deutschen Elektroausfuhren deutlich verschoben. Zwar ist die EU immer noch der wichtigste Abnehmer für deutsche Elektroerzeugnisse, aber die höchsten Zuwachsraten wurden mit Mittel- und Osteuropa erzielt. Dadurch stieg deren Anteil an den Ausfuhren von 4% 1990 auf über 12% 2002 an.

Mittlerweile sind die ehemaligen Mitgliedstaaten des RGW die zweitwichtigste Abnehmerregion noch vor Südostasien. Der Anteilsgewinn Mittel- und Osteuropas ging hier zu Lasten des EU-Anteils, der im gleichen Zeitraum von 66% auf 52% zurückging. Insbesondere die künftigen EU-Mitglieder Ungarn, Tschechien und Polen haben sich hierbei zu wichtigen Märkten entwickelt. 1990 nahmen diese drei Länder jeweils zwischen 0,5% und 0,6% (jeweils etwa 250 Mill. Euro) der deutschen Exporte auf. 2002

stiegen diese Anteile bis 2002 auf 2,9% in Tschechien (3 Mrd. Euro), und jeweils 2,2% in Ungarn und Polen. Dies bedeutet für Tschechien eine Verfünffachung, für Ungarn fast eine Verfünffachung und für Polen immerhin noch fast eine Vervierfachung der Anteile an den deutschen Elektroexporten.

Zugleich gewinnen gerade diese Länder als Standorte in den internationalen Wertschöpfungsnetzwerken der Branche immer weiter an Bedeutung. Stammten 1990 nur 2% der Elektroimporte aus Mittel- und Osteuropa, so sind es bis heute ebenfalls über 12%. Im Gegensatz dazu ging der Anteil der EU von 47% 1990 auf ein Drittel 2002 zurück. In den drei betrachteten Ländern war die Entwicklung bei den Importen noch rasanter als bei den Exporten. Kamen 1990

nur zwischen 0,1% und 0,4% der deutschen Importe aus Tschechien, Polen und Ungarn, so sind es in diesem Jahr schon jeweils mehr als 4% aus Ungarn (ca. 4 Mrd. Euro) und Tschechien sowie fast 2% aus Polen. Dabei gibt es deutliche Indizien dafür, dass es in vielen Fällen Produktionsstandorte deutscher und internationaler Unternehmen sind, die in diesen Ländern angesiedelt wurden.

Elektroindustrie hat Wachstumspotentiale

Überdeutlich zeigt die aktuelle Entwicklung, dass eine nachhaltige Stärkung der Wachstums- und Investitionskräfte in Deutschland erforderlich ist, damit die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie auch in Deutschland an dem dynamischen Wachstum des Weltelektromarktes teilnimmt. Trotz aller konjunktu-

rellen Schwankungen wird dieser Markt auch bis Ende dieses Jahrzehnts im Trend um mehr als 6% pro Jahr zulegen: Dabei sind es nicht etwa fehlende Innovationen, sondern in vielen Feldern ausbleibende Investitionen, die einem entsprechenden Wachstum des Marktes auch in Deutschland und in der EU im Wege stehen. So gibt es in vielen Feldern technische Lösungen der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, die nur auf ihre Markteinführung warten. Beispiele sind das Digitale Terrestrische Fernsehen, das Digitalradio, die Verkehrstelematik oder die so genannten Smart-Home-Technologien. Die Chance, Europa mit Investitionen in der Zukunft wieder zu einem der Wachstumszentren der Welt zu entwickeln, darf nicht durch fehlenden Mut zum Wandel zunichte gemacht werden.

Ralph Wiechers

Maschinen- und Anlagenbau: Aufschwung vertagt

Für den Maschinenbau geht ein enttäuschendes Jahr zu Ende. Der noch vor Jahresfrist erwartete leichte Umsatzrückgang versauerte zu einem Minus von voraussichtlich 4%. Für das kommende Jahr rechnet die Branche dank des besseren Auslandsgeschäfts mit einem Ende der Durststrecke. Doch für Euphorie gibt es wenig Anlass. Angesichts der unsicheren Vorgaben aus dem Ausland und investitionsfeindlicher politischer Vorgaben im Inland sind die Erwartungen der deutschen Hersteller von Maschinenbauprodukten eher von Vorsicht geprägt.

Maschinenproduktion 2002: Minus 4%

Aus dem Maschinenbau kamen im laufenden Jahr wenig gute Nachrichten. Nachdem die Aufträge bereits im Jahresverlauf 2001 deutlich zurückgegangen und die Auftragspolster weitgehend abgearbeitet waren, konnte die Produktion nicht mehr auf dem Rekordniveau gehalten werden. Zwar hatte es um den Jahreswechsel sowie in den ersten Monaten des laufenden Jahres in dieser Höhe unerwartete Auftragszuwächse gegeben. Doch in dem Maße, wie der

erhoffte Aufschwung in den USA auf sich warten ließ und die Binnennachfrage in Westeuropa nicht wirklich Tritt fasste, schwanden auch die Aussichten auf eine weltweite Erholung der Investitionen.

Denkbar schlecht lief die deutsche Nachfrage nach Investitionsgütern. Mit den Inlandsbestellungen des Maschinenbaus ging es seit Herbst 2000 steil bergab. Bereits im Frühjahr hatten sie den mageren Tiefpunkt des Jahres 1993 erreicht, von dem sie sich mangels positiver Vorgaben noch nicht lösen konnten. Aber auch

auf der Auslandsnachfrage lastete eine Kette von Negativmeldungen. Insbesondere die Baisse an den Aktienmärkten, weltweite Terroranschläge sowie der schwelende Irakkonflikt verunsicherten weltweit die Investoren. Lediglich außerhalb der EU, in den sogenannten Drittländern, gab es hier und da Lichtblicke. So konnten die Exporte in den Nahen und Mittleren Osten, in die Volksrepublik China sowie nach Russland abermals gesteigert werden. Das half zwar, die deutschen Maschinenexporte bis einschließlich August nominal auf dem vergleichsweise hohen Niveau zu halten. Doch hiervon profitierten wegen der für viele geringen Bedeutung dieser Einzelmärkte nur relativ wenige Unternehmen. Das Gros der deutschen Maschinenhersteller litt unter der Flaute in den USA sowie in den europäischen Nachbarländern, die allein für mehr als die Hälfte der Maschinenausfuhren stehen.

Die Maschinenproduktion wird 2002 voraussichtlich mit einem Minus von 4% abschließen. Die Kapazitätsauslastung sackte im September nochmals ab. Sie beträgt nun 84% und liegt damit deutlich unter der Optimalzone, die zwischen 86% und 88% anzusiedeln ist. Verglichen mit den Krisenjahren 1991/92/93, aber auch mit der aktuellen Situation anderer Branchen ist dies sicher noch ein moderater Wert. Die Durchschnittsbetrachtung verschleierte jedoch, dass es für einzelne Teilbranchen und Unternehmen nicht selten deutlich schlechter aussieht. Und je länger die Phase der Unterauslastung andauert, desto stärker drückt sie auf den Nerv der gesamten Maschinenbaubranche.

Aussichten 2003: Störanfällig

Die Signale, die den Maschinenbau im Herbst 2002 erreichen,

sind höchst widersprüchlich. Ganz düster sieht es im Inland aus, und das trotz des kräftigen Sprungs, den selbst die Inlandsorders im September gemacht haben. Die deutsche Politik läßt gegenwärtig kaum ein Feld aus, um der Wirtschaft zusätzliche Lasten aufzubürden. Speziell durch die Steuerpolitik wird es absehbar zu weiteren Belastungen kommen. So wird die geplante Streckung des Verlustvortrages vor allem solche Unternehmen treffen, die große Risiken eingehen, sei es, weil sie hohe Entwicklungsaufwendungen tätigen, die sich oft erst über Jahre amortisieren, sei es, weil ihr Geschäft gekennzeichnet ist durch ausgeprägte, oft mehrjährige zyklische Ausschläge, in denen Jahren mit Gewinnen regelmäßig auch Verlustjahre folgen.

Das sind keine guten Voraussetzungen für eine vom Inland zumindest mit getragene, stabile Aufwärtsbewegung. Im Gegenteil: Die im Koalitionsvertrag angekündigten und in der Umsetzung begriffenen Maßnahmen haben sowohl bei den Unternehmen als auch bei den privaten Verbrauchern destabilisierende Wirkungen ausgelöst. Das hat sich bereits in den Stimmungskennzeichnern gezeigt, auch wenn der befürchtete tiefe Einbruch des ifo-Geschäftsklimas im November ausgeblieben ist. Hinter dem leichten Rückgang verbergen sich allerdings kräftig zurechtgestutzte Geschäftserwartungen und ein gemessen am Vormonat deutlich günstigeres Urteil über die aktuelle Geschäftslage. Die eingetrübten Aussichten können dabei eindeutig dem Inland zugerechnet werden. Der Maschinenbau muss sich also mit seinem Inlandsgeschäft mindestens noch für einige Monate auf magere Zeiten einstellen.

Schon besser sieht es dagegen im Auslandsgeschäft mit Maschi-

nenbauerzeugnissen aus. Seit Jahresbeginn hat es immer wieder Auftragszuwächse gegeben, die unter normalen Umständen als Signal für einen bevorstehenden Aufschwung gewertet werden könnten. Doch angesichts der Fragilität der Weltwirtschaft fehlt es unverändert an der notwendigen Perspektive für eine kräftig anziehende Konjunktur. Die Hoffnungen auf eine weltweite konjunkturelle Belebung, so wie sie beispielsweise im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zu finden ist, gründen allein auf folgenden Effekten: Zum einen haben die retardierenden Momente, namentlich die Bremskräfte steigender Ölpreise und sinkender Aktienkurse, etwas nachgelassen, ohne dass es beispielsweise in der Irakkrise zu einer echten, nachhaltigen Entwarnung gekommen wäre. Zum anderen stellen sich im Zahlenwerk wohlbekannte statistische Basiseffekte ein - die Vergleichsbasis wird ärmlicher. Mit anderen Worten: Die Schmerzen lassen nach, weil man sich an sie gewöhnt hat. Doch sie sind nicht verschwunden. Hinzu kommen zyklische Hoffnungen.

Die Lage ist und bleibt also störanfällig. Ohnehin geht die gesamte prognostische Szene davon aus, dass der Zeitbedarf bis zu einem nachhaltigen zyklischen Aufwärtssprung größer als erwartet sein wird. Die sich kumulierenden negativen Faktoren verunsichern die Investoren und entziehen einer langsam einsetzenden konjunkturellen Erholung zumindest im kommenden Jahr noch viel Kraft. Doch die Auftriebskräfte sollten 2003 allmählich die Oberhand gewinnen. Unter der Voraussetzung, ein länger andauernder Krieg im Nahen Ost kann vermieden werden, dürfte sich die Wirtschaft im Verlauf des kommenden Jahres aus der Talsohle schleppen können. Der Beitrag Deutschlands hierzu wird

jedoch denkbar gering ausfallen. Für die deutsche Produktion 2003 von Maschinen und Anlagen bedeutet das Stagnation. Die VDMA-Prognose lautet auf plus Null.

Europäischer Maschinenbau: Erholung verschoben

Ein Blick auf die europäischen Nachbarländer zeigt, dass dort die Maschinenhersteller ähnliche Überlegungen anstellen. Die Mehrzahl der Indikatoren, die bis zum Frühsommer eine baldige Erholung der Auftragseingänge im Maschinenbau angezeigt hatten, wendeten sich seither in die entgegengesetzte Richtung. Die erhoffte Belebung bei den Investitionen blieb aus. In den meisten Ländern mussten deshalb die Erwartungen für 2002 zurückgestuft werden. Während die Ökonomen der europäischen Maschinenbauverbände im April noch mit einem Produktionsrückgang um real 1,5% in Westeuropa gerechnet hatten, läuft es nun auf ein Minus von real 3% hinaus. Für 2003 setzen die nationalen Maschinenbauverbände ebenfalls auf die angekündigte gesamtwirtschaftliche Belebung, in deren Gefolge auch die Investitionen anziehen sollten. Der Umsatzzuwachs der in der EU ansässigen Maschinenhersteller wird auf knapp ein Prozent taxiert.

Kurz: Trotz der allmählichen konjunkturellen Besserung auch in Westeuropa wird wieder einmal Nordamerika den insgesamt schwachen Aufschwung der Weltwirtschaft anführen müssen. America first – dieser Anspruch gilt offenbar trotz aller Bestrebungen der Europäischen Union, zur weltweit wachstumsstärksten Region zu avancieren, weiterhin auch in der Ökonomie. Westeuropa leidet unverändert unter strukturellen Schwächen, die durch einen globalen Aufschwung

immer nur gnädig verdeckt, aber nicht dauerhaft bereinigt werden. Das gilt in besonderem Maße für die deutsche Volkswirtschaft. Die zweifelhaften wirtschaftspolitischen Weichenstellungen nach der Bundestagswahl belasten nicht nur die Geschäftsaussichten in Deutschland, sondern in ganz Europa. Mithin leiden alle Nachbarn an einer schlechten deutschen Performance, sind Leidtragende einer unzureichenden deutschen Binnennachfrage beispielsweise nach Investitionsgütern.

Wirtschaftspolitik: Ohne Perspektive

Wie schon zu Beginn der letzten Legislaturperiode hat die neue und alte Bundesregierung kurz nach der Wahl mit ihrem Koalitionsvertrag einen wirtschaftspolitischen Katalog von Grausamkeiten vorgelegt, der nur mit äußerstem Wohlwollen als Einsicht in die Notwendigkeit politischen Handelns interpretiert werden kann. Kernstück der perspektivlosen „Spar- und Konsolidierungspolitik“ der Bundesregierung ist das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz, dem nur zu wünschen ist, das es das Schicksal des Erstlingswerkes der rot-grünen Koalition teilt. Zur Erinnerung: Rund die Hälfte der 1998 beschlossenen Maßnahmen des sogenannten Steuerentlastungsgesetzes wurden durch folgende Reparaturgesetze wieder rückgängig gemacht. Der große Teil der anderen Hälfte steht auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand. Doch nicht nur handwerkliche Mängel fordern Kritik heraus; mehr als nachdenklich stimmt, dass es offenbar weder im Finanzministerium, bis vor kurzem Sitz der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung der Bundesregierung, noch anderswo in Regierungsadministration oder –verantwortung eine

Hand gibt, die ordnungspolitisch vernünftig eingreift.

- Statt Deutschland attraktiv für ausländisches Kapital zu machen, werden im Inland ansässige Unternehmen durch unüberlegte steuerpolitische Vorschläge vergrätzt und ansiedlungswillige ausländische Investoren verschreckt.
- Statt Risikobereitschaft zu fördern, wird über eine Beschränkung der Verrechnung von Verlusten mit Gewinnen folgender Jahre den betroffenen Unternehmen – gleich welcher Rechtsform und Größe – Liquidität entzogen und deren Kapital ausgezehrt.
- Statt den Keil zwischen Brutto und Netto von Lohn- und Gehaltsempfängern zu vermindern, wird über erhöhte Sozialversicherungssätze und Beitragsbemessungsgrenzen gerade denen noch tiefer in die Tasche gefasst, die dank ihrer guten Ausbildung das Wirtschaften am teuren Standort Deutschland noch rentabel machen.
- Statt Leistungsträger zu belohnen, wird mit dem verbrämten Hinweis auf die dringend notwendige Finanzierung von Bildungseinrichtungen eine Neiddebatte über die Wiedereinführung der Vermögensteuer losgetreten.

Offenbar haben viele Regierende in ihrer Finanznot den Blick für das kleine Einmaleins der Wirtschaftspolitik verloren. Investitionen, die im Ausland vorgenommen werden, und Arbeitsplätze, die wegen verschleppter Arbeitsmarktreformen zu Millionen gar nicht erst entstehen, sind keine tragfähige Basis zur Lösung unserer Probleme. Jetzt muss vielmehr alles getan werden, damit deutsche Unternehmen im Inneren flexibler und an den Märkten wieder wettbewerbsfähiger werden.